

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Belegzeile 20 Pfennige; Vereins-Anzeigen 10 Pfennige. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter Nr. 7353 im Post-Zeitungsregister.

Inhaltsverzeichnis: Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Der Anlegeapparat und was ist unsere Pflicht. — Verschiedene Pflichten. — Der Streik der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen bei der Firma Carl Braun & Co. in München. — Korrespondenzen (Berlin, Berlin II, Breslau). — Rundschau. — Briefkasten. — Anzeigen. — Beilage: Protokoll vom 1. Kongress der Steindrucker (Schluß im Hauptblatt).

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Zahlstelle Kaufbeuren. Vorsitzender ist Herr Vincenz Uhl, Rosenthal Nr. 49.

Die Zahlstellen-Vorstände, welche die statistischen Karten für das Statistische Amt noch nicht eingeliefert haben, werden dringend ersucht, diese sofort auszufüllen und einzusenden.

Die statistischen Fragebogen können erst mit der Nummer 9 der „Solidarität“ zur Verendung kommen.

Der Verbands-Vorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Der Anlegeapparat und was ist unsere Pflicht.

Bei allen Erfindungen, die auf maschinellem Gebiet gemacht werden, ist bei unserer heutigen Wirtschaftsordnung die erste Frage, welchen Vorteil bringt die Erfindung dem Unternehmer, wird sein Betrieb durch solche Anschaffung leistungsfähiger und billiger? Und nur wenn diese Frage mit „Ja“ beantwortet werden kann, hat die Erfindung einen Wert für das Unternehmertum und kann auf allgemeine Einführung gerechnet werden. Ist nun diese Frage auch bei Anbringung von Anlegeapparaten an Schnellpressen mit „Ja“ zu beantworten? Nach unserer Erfahrung und Ueberzeugung ist die Erfindung vom idealen Standpunkte aus zu begrüßen, denn sie nimmt dem Menschen eine sonst geistverzehrende Arbeit ab und sorgt für Abwechslung bei der Arbeit; das ist aber auch alles, denn die Maschine selbst legt nicht einen Bogen mehr an, als es durch Menschenhände geschehen kann; denn die neuesten Schnellpressen machen auch im höchsten Fall pro Stunde 1600 Umdrehungen, mehr zu machen ist auch durch den Anlegeapparat nicht möglich, die Zahl der Bogen kann sich bei ungestörtem Gang der Maschine dadurch eventuell etwas nach oben abrunden, weil mehr als ein Ries vorgeschlagen werden kann und das Vorschlagen sonst als eine Arbeitsabwechslung vom Anleger oder der Anlegerin besorgt wurde. Nur bei sehr schwerem Papier und wenn der Maschinenmeister einsichtig genug war, half dieser der Anlegerin das Papier auf den oberen Deckel legen; denn durch schweres Papierheben hat manche unserer Kolleginnen dauernden Schaden an der Gesundheit zu beklagen, denn nicht das Papiertragen auf ebenem Boden ist schwer, sondern das Herausheben oder gar das Heraussteigen auf den Tritt mit schwerer Last. Aber auch dann, wenn die Arbeit eilig ist, schlägt der Meister während des Ganges der Maschine das Papier vor, dadurch werden die eben geschilderten Pausen und Druckverzögerungen auch verhindert. Also eine Mehrleistung durch den Apparat ist nicht zu verzeichnen. Nun hat der Apparat aber auch

keine Tücken, er legt manchmal schieb an, eine Ecke im Papier oder halbe Bogen sind Hindernisse, die der Mensch durch Fortwerfen während des Ganges der Maschine begehen kann, der Apparat aber bleibt dann nicht immer stehen, sondern druckt einfach Makulatur, bis er durch den, der die Aufsicht hat, angehalten und mit vieltem Zeitverlust wieder druckfertig gemacht wird. Auch bei Störungen, die natürlich vorkommen, ist der Aufenthalt ein bedeutend größerer, denn ein arbeitsunfähig gewordener Arbeiter ist sehr schnell durch einen anderen zu ersetzen, die Maschine erleidet dadurch keinen Aufenthalt, aber ist der Apparat nicht in Ordnung, dann muß, wenn Prinzipal und Maschinenmeister vergeblich versuchen, den Schaden weit zu machen, der Monteur geholt werden und oft haben wir erlebt, daß die Verzögerungen Tage in Anspruch genommen haben, die öftere Wiederholung solcher Zwischenfälle war sehr oft die Veranlassung, daß der Apparat einfach wieder abgerissen und der betreffenden Firma zur Beseitigung gestellt wurde. Nun, wird mancher sagen, wenn die Dinge so liegen, was hat es dann für Not? Dann ist der Anlegeapparat doch keine Gefahr für uns, dann brauchen wir uns doch kaum noch mit der Frage zu beschäftigen. Ja, nur mit dem Apparat allein würden wir ohne große Schwierigkeiten sehr bald fertig werden, wenn, ja wenn wir nicht damit zu rechnen hätten, daß diese Erfindung von den Buchdruck-Maschinenmeistern dazu benutzt werden sollte, das Einmaschinenystem einzuführen. Wohl können wir dieses Bestreben begreifen, aber wir wehren uns dagegen, wenn es auf Kosten der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen geschehen soll. Der Maschinenmeister, der nur eine Maschine mit Apparat bedient, will doch gewiß nicht dabei auch Bogenfänger, Walzenwäcker, Formenträger, Vorschläger, die Maschine putzen, Bänder nähen usw. Er will die Maschine einrichten und anpassen, zu den oben angeführten Arbeiten aber braucht er eine Kraft, da aber die Anstellung eines erwachsenen Arbeiters, der in Berlin 24 Mark kostet, eine Erhöhung der Betriebskosten ergeben würde, so greift man dazu, einen jungen, billigeren Arbeiter zur Beseitigung dieser Arbeit hinzustellen; die älteren, besser bezahlten Arbeiter und Arbeiterinnen werden arbeitslos und bevölkern den Arbeitsmarkt. Aber auch der heranwachsende junge Arbeiter wird mit der Zeit selbstverständlich anspruchsvoller, mit 12 und 14 Mark kann er nicht leben, er verlangt Zulage und wird dann, da er zu teuer wird, wieder durch jüngere, billigere Arbeitskräfte ersetzt. Nur der Maschinenmeister, der bei Bedienung von Spezialmaschinen heute schon 5 Mk. mehr bekommt, also 35 Mk. pro Woche, was auch für eine Maschine mit Anlegeapparat verlangt wird, der bleibt, der Arbeiter aber, der mindestens 18 Mark verlangt, wird dann als zu teuer entlassen und durch eine junge Kraft für 12 Mark oder gar durch eine noch schlechter bezahlte Bogenfängerin ersetzt. Dagegen zu protestieren, ist unsere Pflicht. Um nun einen Ueberblick zu gewinnen und um festzustellen, wieviel Anlegeapparate aufgestellt worden sind und wieviel Entlassungen unsererseits dadurch zu verzeichnen sind, haben wir in unseren Zahlstellen eine Umfrage herbeigeführt, der wir im Interesse der Sache eine gründlichere und zahlreichere Beantwortung gewünscht hätten, das eingelaufene Material aber ist zusammengestellt und sei hier in folgenden Zahlen wiedergegeben.

In Berlin sind in 20 Druckereien 36 Anlegeapparate aufgestellt, davon hat Nagel-Schöneberg 8 Apparate, der Deutsche Verlag 7, der „Vorwärts“ 3, Friedrich Schirmer 3, Gebr. Unger 2, Eisner 2 und in 14 Druckereien ist je ein Apparat aufgestellt. In einigen Druckereien sind mehrere Apparate als unrentabel wieder abgerissen worden. In den 20 Geschäften sind wegen Aufstellung der Anlegeapparate 7 Anleger, 9 Anlegerinnen und 1 Bogenfängerin entlassen worden, in Summa allein in Berlin 17 Kollegen und Kolleginnen.

In Breslau sind 6 Apparate aufgestellt, in Hamburg 2, in Leipzig 15, in Karlsruhe 2, in Hannover 4, in Oldenburg 2, in Posen 1. Es sind in den 7 hier angeführten Städten 32 Apparate aufgestellt, wodurch 9 Anlegerinnen und 5 Anleger, zusammen 14, arbeitslos geworden sind. Außer Stuttgart, wo noch einige Apparate stehen, worüber indeß nähere Angaben fehlen, sind aus den anderen Zahlstellen keine Apparate gemeldet. Demnach haben Berlin und Leipzig die größte Zahl der aufgestellten Apparate zu verzeichnen; in Leipzig haben bei Brodhans 6, bei Frankenstein & Klinghardt je 3, bei Breitkopf & Härtel 2 und bei Voß 1 Apparat. In den 8 Druckstädten sind in 34 Buchdruckereien 68 Anlegeapparate aufgestellt, wodurch 12 Anleger, 18 Anlegerinnen und 1 Bogenfängerin, zusammen 31 Kollegen und Kolleginnen arbeitslos geworden sind. In den 34 Druckereien sind 382 Kollegen und 547 Kolleginnen, zusammen 929 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, wovon 270 Kollegen und 208 Kolleginnen, zusammen 478 Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sind.

In 3 Druckereien in Berlin haben 5 Arbeiter, die an den Apparatmaschinen beschäftigt sind, 25 Mk., 24,50 Mk., 24 Mk. und zwei je 23 Mk.; ferner erhalten von 7 jugendlichen Arbeitern, die nach Aufstellung der Apparate angenommen sind, drei je 16 Mark, einer 13 Mk. und drei je 12 Mk. pro Woche; eine Bogenfängerin erhält 10 Mk. und eine andere sogar nur 6 Mk. pro Woche. In den neun vorstehenden Fällen sind 5 Anleger und 3 Anlegerinnen entlassen worden. In Karlsruhe erhält ein Arbeiter an der Apparat-Maschine 18 Mk., ein anderer 13 Mark. In Breslau erhalten 2 Arbeiter je 17 Mk. an der Apparat-Maschine, zwei je 9 Mk. und eine Anlegerin 10 Mk., auch sind Löhne von 6—8,50 Mk. zu finden. In solchen Fällen aber geht der Apparat nur selten und bei großer Auflage, hat also kein ständiges Personal und sind Entlassungen nicht erfolgt. Ein Fall wird aus Berlin gemeldet; dort bedient ein Maschinenmeister mit 2 Lehrlingen eine Maschine mit Apparat, 2 Schnellpressen, 4 Tiegel und eine Postpresse; es sind dort 4 Anlegerinnen, 1 Tiegelbruder und 1 Arbeitsbursche beschäftigt. Einige andere Fälle, auch aus Berlin und anderen Orten liegen ähnlich so und erbringen den Beweis, daß der Weg zum Einmaschinenystem für die Buchdrucker noch recht weit ist; denn das schon vor vielen Jahren beschlossene Zweimaschinenystem ist, abgesehen von einigen großen Druckereien in großen Druckstädten, noch nicht durchgeführt und es sind nicht nur Nichtmitglieber, die an drei, vier und mehr Maschinen arbeiten.

Wenn nun durch Vorstehendes nachgewiesen ist, daß der Anleger und die Anlegerin durch den Apparat arbeitslos werden, der Apparat aber keine Erfindung ist, der man ohnmächtig und hilflos gegenübersteht, sondern die wohl dem an der Maschine Beschäftigten eine Erleichterung schafft,

ihn aber nicht überflüssig macht, so entsteht die brennende Frage: Wer hat ein Recht, dort beschäftigt zu werden, der Buchdrucker, der das Einmaschinenystem fordert, ohne erst das Zweimaschinenystem eingeführt zu haben und der zu seiner Hilfeleistung doch noch eine Arbeitskraft gebraucht, die in diesem Falle geringer entlohnt wird und nur dazu ausersehen ist, den Arbeitsmarkt im Buchdruckgewerbe zu bevölkern, sobald mit den heranrückenden Jahren weitere Bedürfnisse an das Leben gestellt werden, oder der bisher daran beschäftigte Hilfsarbeiter, der die Arbeit des Anlegens mit der den Apparat und die Maschine zu bedienen und zu reinigen vertraut hat.

Wir behaupten, daß an dem Apparat die zu beschaffenden sind, die durch ihn arbeitslos werden; denn so ist es als ganz selbstverständlich bisher in allen Metufen erstrebt worden. Wir erinnern hier an die Segmaschine, die von vier Arbeitern drei arbeitslos macht und nur einem Brot gibt; auch hier haben die Buchdrucker mit vollem Recht gefordert, daß zum Bedienen der Segmaschine nur solche Arbeiter genommen werden, die dadurch arbeitslos wurden; denn eine Segmaschine kann jeder bedienen, der richtig deutsch schreiben kann; er braucht nicht drei bis vier Jahre am Masten gestanden zu haben. Und was dort als selbstverständliches Recht gefordert wurde, das nehmen auch wir für uns in Anspruch; denn Arbeitslosigkeit der bisher Beschäftigten und Veranbarung einer Reservearmee jugendlicher Arbeiter ist eine Existenzgefahr für unsere Kollegen und Kolleginnen und schließlich auch für die Organisation. Das zu verhindern ist unsere Aufgabe und wir appellieren an die Buchdruck-Maschinenmeister, uns hier keinen Kampf um die Existenz aufzuzwingen, der heftig und unerbittlich geführt werden müßte; sie haben noch eine große Arbeit, ehe sie ihr Zweimaschinenystem durchgeföhrt haben, und es steht ihnen nicht an, auf Kosten der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen eine Position zu gewinnen, die uns gehört.

Unseren Zahlstellenvorständen aber empfehlen wir nachstehende in Berlin am 17. März 1904 einstimmig zur Annahme gelangte Resolution in der nächsten Versammlung vorzuschlagen.

Resolution.

„Die heute am . . . stattfindende Versammlung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen . . . erklärt an der schon am 25. Oktober in Berlin beschlossenen Forderung, daß an jeder mit Anlage-Apparat versehenen Schnellpresse ein organisierter Anleger beschäftigt werden muß, unbedingt festzuhalten.“

Die Versammelten können in der Erfindung des Anlageapparates keinen technischen Fortschritt zur Debung der Leistungsfähigkeit in der Druckindustrie erblicken, sondern sehen darin nur das Bestreben des Unternehmers, die Löhne des Hilfspersonals zu verringern, den Arbeitsmarkt künstlich zu überlasten, somit die Organisation lahm zu legen und dadurch die Existenzmöglichkeit der Hilfsarbeiterchaft herabzubrüden. Dielem Bestreben mit aller Macht und allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten wird die vornehmste Aufgabe unserer Organisation sein.“

Daß die organisierten Maschinenmeister an den in Betracht kommenden Maschinen alle Hilfsarbeiter-Arbeiten nach wie vor verweigern werden, erwarten wir als selbstverständlich.

Von unseren Mitgliedern erwarten wir, daß sie nach Lesen vorstehenden Artikels und auch aus eigener Erfahrung heraus mit vollster Ueberzeugung die Resolution annehmen und uns bei der Durchführung einmütig und energisch unterstützen. Auch in den Zahlstellen, wo der „Eiserne Kollege“ noch keinen Einzug hielt, kann durch Annahme der Resolution und angestrebte Aufmerksamkeit vorgebeugt werden; wir dürfen nicht erst warten, bis wir draußen stehen, dann ist es schwer, dafür zu wirken.

68 Apparate haben 31 Kollegen und Kolleginnen überflüssig gemacht, für diese einzutreten und zu verhindern, daß ihre Zahl wächst, ist Ehrenfache jedes Kollegen und jeder Kollegin. Ein jeder muß bedenken, daß auch er durch den Eisernen und durch eine junge, billige Kraft heut oder morgen überflüssig werden kann; Rot und Glend stehen dann als Begleiter hinter uns. Darum an die Arbeit! Wir kämpfen ums Brot!

Verschiedene Pflichten.

Wohl in keiner Gewerkschaftsorganisation duction sich die Mitglieder ihrer verschiedenen Pflichten der Organisation gegenüber zu wenig bewußt sein, als gerade in der unrigen. Das werden wohl alle diejenigen Kollegen und Kolleginnen, denen ich einmal die beneidenswerte Aufgabe zufiel, eine führende Rolle spielen zu müssen, am besten beurteilen können.

Wenn es früher, vor Jahrzehnten, möglich war, Organisationen zu gründen, deren Zweck einzig und allein darin bestand, ohne jede finanzielle Unterstützung der Mitglieder bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen, so konnte man wohl zu der Ueberzeugung kommen, daß die Mitglieder einer solchen Organisation sich ihrer Pflichten und Aufgaben voll und ganz bewußt waren. Wie ganz anders ist es aber heute mit der Ueberzeugung bestellt. So selbstverständlich es sein sollte, daß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin ohne viel Bedenken sich ihrer Organisation anschließt, so bedauerlich ist es auch, daß man sich oft eingehend noch den materiellen Leistungen des Verbandes erkundigt. Dem Einen sind die Unterstüpfungen zu niedrig, der andere hätte auch Strantengelb gewünscht, der dritte wünscht schließlich noch Reise- und Umzugslosten um. Solche Dinge müssen wir zu oft als „Gründe“ herhalten, um sich von der Organisation zu drücken. Ein Teil der Mitglieder betrachtet eben den Verband als Versicherungsanstalt, aus der sie so viel als möglich bare Münze herauszuschlagen gedenken. Sie haben noch nicht begreifen gelernt, daß der Verband eine Institution ist, geschaffen zum Wohle der Allgemeinheit. Und daß eine Schädigung desselben durch den Einzelnen wieder der Gesamtheit zur Last fällt, ist selbstverständlich. Man vergewissert sich also zuvor genau nach den Rechten, die man gegebenenfalls an den Verband hat, und in dieser Beziehung ist man nicht immer bescheiden. Diejenigen Paragraphen unseres Statuts, die sich hierauf beziehen, dürften sich wohl ausnahmslos der größten Beachtung erfreuen. Hiergegen wäre ja durchaus nichts einzuwenden, wenn man sich auch des öfteren einmüt dem Studium der übrigen Paragraphen, die von den Pflichten handeln, hingeben wollte. In dieser Beziehung bleibt aber bei einem nicht unbedeutenden Teil unserer Kollegen und Kolleginnen viel zu wünschen übrig. Die erste Pflicht, die ein Mitglied zu erfüllen hat, und ohne die es keine Mitgliedschaft geben kann, das ist die wöchentliche, regelmäßige Beitragsleistung.

Aber gerade in diesem Punkte wird wohl, oftmals leichsinngeweise, am meisten genüßigt. Wenn unser Statut vorschreibt, daß ein Mitglied erst nach vier Wochen Resten ausgeschlossen werden kann — falls er nicht um Stundung nachgesehen hat, so ist eben bei vielen die irrige Meinung zu finden, daß sie dann überhaupt und fortwährend dem Verbands vier Wochenbeiträge schulden dürften, ohne damit etwas statutenwidriges zu tun. Zu welchen Konsequenzen diese Unsitte führen kann, davon nur ein Beispiel. Nehmen wir an, eine Zahlstelle hätte 100 Mitglieder, diese 100 Mitglieder hätten nun sämtlich je vier Wochenbeiträge zu 25 Pf. Rest, so ergibt sich hieraus die Kleinigkeit von 100 Mark. Das ist ein Betrag, der sehr wohl imstande ist, einen Einfluß auf die Massenverhältnisse, besonders in kleinen Zahlstellen, auszuüben. Und manche Zahlstelle würde vor finanziellen Schwierigkeiten bewahrt bleiben, wenn das Restantenumwesen beseitigt werden könnte.

Es gibt aber auch noch andere, fast ebenso wichtige Pflichten zu erfüllen: das ist die Agitation. Auch in dieser Beziehung wird von der Mehrheit der Kollegen und Kolleginnen selten etwas, meistens aber garnichts getan. Und doch wäre es gerade in unserem Berufe, wo speziell die Anlegerinnen sehr oft von Druderei zu Druderei wechseln, ein leichtes, die Organisation auszubreiten. Es kommen ja hier und da Fälle vor, wo das letztere auch geschieht, in den meisten Fällen kann man jedoch das Gegenteil beobachten, indem sich die organisierte Kollegin von den unorganisierten wieder zum Rücktritt bewegen läßt. Es ist dies nur ein Beweis, daß die betreffenden Kolleginnen selbst ungenügend aufgeklärt sind. Wie oft überhaupt die Gelegenheit zur Agitation nicht benützt wird, darüber lassen sich oftmals bei Festlichkeiten bemerkenswerte Beobachtungen machen. Freunde

und Freundinnen, Bekannte und Verwandte tummeln sich im Kreise von Kollegen und Kolleginnen. Und mander Vereinsvorsitzende gibt sich der Hoffnung hin, wieder einige Mitglieder dem Verbands zuföhren zu können. Es war aber, mit verschwindenden Ausnahmen, eitel Täuschung. Denn sie verschwanden wie sie gekommen und wurden nicht mehr gesehen. Hier wird also oftmals sehr viel gefehlt. Mancher Kollege und manche Kollegin könnte gewonnen werden, wenn sich alle ihrer Pflicht bewußt wären und sich nicht immer nur auf den Vorstand verlassen wollten.

Auch die Versammlungsbesuche lassen sehr oft viel zu wünschen übrig. Entmalß lächerlich kleine Gründe müssen zur Entschuldigung herhalten. Immer hat man etwas anderes vor, nur die Versammlung nicht. Und doch ist es eine Kleinigkeit für jeden, sich im ganzen Monat nur einen einzigen Abend dem Verbands zu widmen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Eine stark besuchte Versammlung macht immer einen guten Eindruck auf die Anwesenden und wirkt ermutigend, wohingegen ein schwacher Besuch das Gegenteil bewirkt.

Es ist also aus alledem zu schließen, daß in unseren Reihen noch sehr viel Aufklärung not tut. Da nun aber, wie bereits angeführt, die Indifferenzen schwer in die Versammlungen zu bringen sind, so bleibt uns wohl vorläufig als einziges Mittel die Schrift. Hier wäre es nun Aufgabe unseres Verbandsorgans, der „Solidarität“, helfend einzugreifen. Leider läßt aber der Inhalt derselben in dieser Richtung sehr viel zu wünschen übrig. Ist es schon an und für sich eine langweilige Sache, 14 Tage auf die nächste Nummer warten zu müssen, umso unangenehmer ist es für den Leser, wenn er den Inhalt in vielen Fällen, abgesehen von den Versammlungsberichten, bereits 14 Tage vorher in seiner politischen Tageszeitung gelesen hat. Am allerwenigsten eignet sich aber ein solches Material zur Agitation unter den Indifferenzen. Daß nun in diesem Punkte nicht mehr getan werden kann, dafür ist der Verbandsvorstand wohl am allerwenigsten verantwortlich zu machen. Die Schuld liegt vielmehr an den Zahlstellen und deren Mitgliedern selbst. Es zeigt sich auch hier derselbe Fehler. So wie die große Masse der Mitglieder sich in allen Dingen an den Vorsitzenden der Zahlstelle verläßt, so verlassen sich die Zahlstellen wiederum auf den Verbandsvorstand. Und doch wäre es ein Leichtes, diesem Uebelstand abzuhelfen, wenn sich nur alle diejenigen Kollegen und Kolleginnen, denen ein bißchen Intelligenz und Verständnis für die Organisation innewohnt, an der Mitarbeit durch antegende und aufklärende wirkende Artikel beteiligen wollten.

Zweifellos wird aber auch der nächste Verbandsstag, der ja schon bedenklich näher rückt, sich etwas eingehender mit dieser Frage beschäftigen müssen, sich aber hoffentlich nicht wieder auf einen trauerigen Standpunkt stellen; denn das hieße sparen am unrechten Orte. Hierzu liegt wohl auch umso weniger Veranlassung vor, als sich ja unsere Mitgliederzahl gegen den letzten Verbandsstag nahezu verdoppeln wird. M. Th.

Anmerk. d. Red. Das alte langjährige Lied in neuer Auflage; die Redaktion macht nicht immer und nicht allen Recht, und von einem Verbandsstages zum anderen werden die gewiß ernst gemeinten Versprechen gegeben, daß alle Zahlstellen für Mitarbeit sorgen wollen, aber wir könnten mit drei bis vier Worten die nennen, die je malß etwas geschrieben haben, aber viel Platz müßten wir anwenden die zu nennen, die ihr Versprechen vergessen haben, auch M. Th. schreibt seit 5 Jahren den zweiten Artikel. — Also heran mit dem längst versprochenen Material, was solls im Tintenfaß stecken bleiben.

Der Streik der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in der Firma Carl Braun & Co. in München.

Die Firma Braun & Co., Kunstanstalt für Verfertigung von Postkarten, ist einer von diesen Kunsttempeln, wo die Geschäftsinhaber sowohl, wie der Geschäftsführer Komader, mit peinlichster Gewissenhaftigkeit darauf achten, daß ja von ihrem Hilfspersonal niemand sich dem Verbands anschließt und zwar in der richtigen Voraussetzung, daß dann die chlanöse Ausbeutung, wie sie seit Jahren

in dieser Firma vorherrscht, aufhören müßte. Es war deshalb leicht begreiflich, daß das Hilfspersonal, in der Nacht, arbeitslos zu werden, unsere Einladungen zur Geschäftsversammlung stets ignorierte. Mag es nun einer Geschäftsleitung wie der bei Braun auch für längere Zeit gelingen, den Geist der Aufklärung unter ihrem Arbeitspersonal hintenan zu halten, indem sie über daselbe stets die Hungerpein schwingt, so ist es für die Dauer eben doch unmöglich, die bessere Einsicht unter den Arbeitern einzudämmen und so kam es, daß von den in dieser Firma beschäftigten 28 Kollegen und Kolleginnen 24 einer abermaligen Einladung der hiesigen Verwaltung zu einer Geschäftsversammlung Folge leisteten. Nach einem Referat unseres Vorsitzenden über den Zweck und Nutzen der Organisation ließen sich denn auch alle in den Verband aufnehmen. Die Firma erhielt von diesem Vorgang Kenntnis, sah ihr lauberes Geschäftsprinzip der kräftigen Ausbeutung ins Wasser kommen, glaubte eine Maßnahme nach Art größerer Scharfmacher und nach dem Rezept der deutschen Arbeitgeberzeitung in Anwendung bringen zu müssen und kündigte am Freitag, den 5. März, 2 Kollegen und 4 Kolleginnen, die am darauffolgenden Tage brotlos gemacht werden sollten. Die Kündigung ist nur eine eintägige. Nach dieser Gewaltmaßregel fanden sich die Kollegen und Kolleginnen noch am selben Abend zu einer Geschäftsversammlung zusammen und es wurde beschloffen, daß unser Vorsitzender mit dem Gewerkschaftssekretär am Samstag, den 6. März, bei der Geschäftsleitung vorstellig werden sollte, um auf gutlichem Wege zu versuchen, die Maßregelung dieser sechs Mitglieder rückgängig zu machen und die Firma zu eruchen, auch ihrem Personal das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht nicht illusorisch zu machen. Die gepflogene Unterhandlung scheiterte hauptsächlich an dem Starrsinn des jedem weiblichen Tratsches zugänglichen Geschäftsführers Komader, der sich in dieser Unterredung als strenger Sittenrichter aufspielte, obwohl er selbst, als die Leute noch nicht im Verbands waren, in der ungentilsten Weise mit den Frauen und Mädchen über intime Familieneverhältnisse sich unterhielt. Mit einer grenzenlosen Unverschämtheit wurde betont, daß ein Grenzpaß statuiert werden müßte und daß, wenn die sechs nun Neuinzustellenden angeleitet sind, auch die anderen aufs Pfaster geworfen werden sollten. Zum Teil — so erklärte auf eine Anfrage Herr Braun — ist das Eintreten in den Verband schuld, im übrigen will er einfach ganz neues Personal haben. Es lag nun klar, daß die Nichtgehindigten sich mit den Entlassenen solidarisch erklärten und ebenfalls ihre Kündigung einreichten, denn ein derartig rigoroses Vorgehen muß doch schließlich die Lammsgebild des ruhigsten Arbeiters zum Scheitern bringen. Die Verwaltung der hiesigen Zahlstelle, sowie die äuperst gut besuchte Versammlung der Münchener Kollegen und Kolleginnen erklärte sich mit dem Vorgehen der Braunschweiger Arbeiter einverstanden und drückte ihnen ihre Sympathie aus. Einige standen die Streikenden zusammen, treu hielten sie an ihrer gerechten Sache fest, aber wie überall, so fand sich auch hier eine Anzahl von dem Gesicht, das man im Volksmunde als Streikbrecher bezeichnet und welche ein englischer Richter als Verräter der Arbeiter hinstellte, wir nennen sie, um nicht in den Mäulchen des Geistes hängen zu bleiben: „Arbeitswillige“. Diese lieben Stützen unserer größeren und kleineren Scharfmacher konnten mit gütlicher Unterstützung des einzigen bei dieser Firma beschäftigten Buchdruckmaschinenmeisters und des Herrn Komaders zur Not den Betrieb aufrecht erhalten, aber gute Erfahrungen haben die Prinzipale aneinander nicht gemacht. Man hoffte von Tag zu Tag, daß ein Teil der Streikenden zur Einsicht und um Arbeit betteln kommen sollte. Indirekt ließ man verschiedenen Ausständigen mitteilen, sie sollten ruhig wiederkommen und so ihren Mitbrüdern in den Rücken fallen. Man hatte sich aber verrechnet; wenn es auch nur Hilfsarbeiter waren, so hatten sie doch soviel Arbeiterehre im Leibe, um nicht Verrat an ihren Kollegen und Kolleginnen zu begehen. Lieber — so erklärten die Ausständigen — wollen wir hungern, wenn es nicht anders ginge, als uns auf Gnade und Ungnade der Willkür dieses prozenthaften Unternehmers preisgeben. Die größere Anzahl der Streikenden ist bereits in anderen Ge-

schäften untergebracht, die anderen werden es bald sein. Aber der schlimmste Wunsch, einzelne wieder zu erhalten, wird Herrn Braun & Co., das verhindern wir ihm, nicht in Erfüllung geben. Möge er mit seinen Arbeitswilligen ruhig weiter wurteln, für Verbandsmitglieder ist in diesem Eldorado kein Platz, und auch die darin arbeitenden guten Seelen werden nicht zu lange Gastrollen geben, obwohl die Firma diesen schon einige Vergünstigungen, die die alten Arbeiter nicht hatten, zugehanden hat. Es sind auch zu verlockende Arbeitsverhältnisse, die eine Sehnsucht nach Wiedereinstellung wachrufen konnten. Alles Tiegedruckpressen aus dem goldenen Zeitalter, mit Hand- oder Fußbetrieb, bei der körperlich denkbar anstrengendsten Affordarbeit für das Tausend zu druckende Postkarten 35, Iage und schreibe — fünf- unddreißig Pfennige, keine Feiertagsbezahlung, Abzug einer jeden Versäumnis und eine Behandlung, die sehr viel zu wünschen übrig läßt, wer hätte da nicht Lust, seine Lebenszeit durch Arbeiten bei dieser Firma abzukürzen? Die auswärtigen Kollegen und Kolleginnen möchten wir aber eruchen, da die Firma Braun in allen größeren Städten ihre Streikbrecherprodukte absetzt, fräftigst zu agieren, daß Postkarten, die als Herstellungsort den Namen „Karl Braun & Co., München“ tragen, beim Einkauf zurückgewiesen werden. Unsere Münchener Hilfsarbeiter und Arbeiter aber, soweit sie uns noch fernstehen, möchten wir auffordern, unverzüglich dem Verband beizutreten, denn nur im Verbands und durch diesen ist es möglich, scharfmacherische Gelüste der Unternehmer zurückzuweisen und eine Förderung der Berufsverhältnisse herbeizuführen.

A. Sch.

Protokoll

vom ersten Kongreß der Steinschleifer Deutschlands am 18. Oktober 1903 in Leipzig.

(Schluß aus der Beilage.)

Hofe-Berlin führt in seinem Schlußwort aus, daß bei der Einberufung des Kongresses kein Verband betragt und auch nicht berücksichtigt wurde, um demselben seinen unparteiischen Charakter zu wahren. Die sachliche Behandlung der strittigen Frage sei sehr erfreulich. Er erwartet, daß die Resolution Hamburg angenommen wird.

Kieck-Dresden stellt folgenden Antrag:

„Auf Grund der gepflogenen Aussprache über Organisationsverhältnisse wird aus praktischen Gründen der Beschluß gefaßt, die vorhandenen Anträge dem 1904 in Dresden stattfindenden Verbandstage der Lithographen und Steindrucker als Material zu überweisen; nur dort kann der 1898 gefaßte Beschluß residieren oder bekräftigt werden.“

Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen. Ebenso die Resolution Hamburg.

Der erste Kongreß der Steinschleifer Deutschlands sieht im Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen diejenige Organisation, in welcher die Interessen der Steinschleifer am besten und wirksamsten vertreten werden können. Er erwartet von den Berufsgenossen, daß dieselben ihre bisherige Zerplitterung in den verschiedensten Verbänden aufgeben und fordert alle Kollegen, soweit sie bis jetzt anderen Verbänden angehören oder überhaupt noch nicht organisiert sind, auf, dem Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen beizutreten.“

Mit folgendem Zusatzantrag Döcklin:

„Dieser Beschluß hat jedoch nur empfehlende Wirkung für die Generalversammlungen der in Betracht kommenden Verbände.“

Nach einigen persönlichen Erwiderungen der bei Punkt 3 nach kurzer Debatte der Antrag der Berliner Delegierten, eine Zentralkommission einzusetzen, welche die Agitation zu pflegen hat, angenommen.

Bei Erlebung der Diätenfrage erklärt Kollegin Thiede, daß der Hilfsarbeiterverband die Kosten für seine Delegierten allein trägt.

Muft-Berlin dankt dem Lokalkomitee für die Vorbereitungen und dem Präsidium für die objektive Leitung der Verhandlungen.

Sillier-Berlin richtet einige aufseuernde Worte an die Anwesenden und bemerkt, daß jeder Teil nur das Beste für die Steinschleifer wolle.

Hierauf schließt der Vorsitzende Hofe den Kongreß mit einem dreimaligen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung um 7/6 Uhr abends. E. Bucher.

Korrespondenzen.

Berlin. Eine am 17. März stattgefundene öffentliche Versammlung beschäftigte sich nochmals mit dem Prinzipalarbeitsnachweis und mit der Anlageapparat-Frage. Nachdem das Bureau aus dem Kollegen Reich und der Kollegin Teske als Vorsitzende und dem Kollegen Schröder als Schriftführer zusammengesetzt war, referierte Kollegin Thiede über den Prinzipalarbeitsnachweis. Nachdem die Rednerin zunächst nochmals die wirtschaftliche Seite berührte, indem sie anführte, daß durch das Anfragengeben die Prinzipale über die im Verbands herrschende Arbeitslosigkeit ein falsches Bild bekämen, was durch die Arbeitsnachweise der Organisationen behoben sei, konnte sie berichten, daß von dem Arbeitsnachweis der Prinzipale noch nichts zu hören sei. Es scheint in den beteiligten Kreisen keine einheitliche Stimmung sowohl über die Arbeitsnachweisfrage, als auch über das Weien des Hilfspersonals zu herrschen, erklärte doch vor ganz kurzer Zeit ein Fachmann, daß das Anlegen in einer halben Stunde erlernt werden könne, wogegen ein Prinzipal mit jungen Mädchen einen mehrjährigen Kontrakt geschlossen habe, nach welchem er verpflichtet ist, dieselben als Anlegerrinnen auszubilden und die sogar dann, wenn sie die ganze Zeit ausfallen, noch eine Prämie von 50 Pf. pro Woche für die dort gearbeitete Zeit erhalten. Zum Schluß bemerkte Kollegin Thiede, daß, wenn wir auch jetzt vom Prinzipalarbeitsnachweis noch nichts hören, wir doch in nächster Zeit von seiner Existenz Kenntnis erhalten werden. Sie empfehle daher, daß die jetzt bestehende Nachweis-Kommission bestehen bleibe und die am 9. Dezember gefaßte Resolution zu erneuern.

In der Diskussion, an der sich mehrere Kollegen und auch Kolleginnen beteiligten, wurde es ebenfalls als Notwendigkeit anerkannt, die Kommission bestehen zu lassen. Kollege Reich gibt die Namen der Kommissionsmitglieder bekannt und wird die Kommission einstimmig bestätigt. Ebenso wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute in den Armabhallen tagende Versammlung der Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Berlins erkennt an, daß die Gründung eines Prinzipalarbeitsnachweises eine Gefahr für unsere durch die Organisation errungenen Löhne und Arbeitsbedingungen ist. Auch die Art, wie die Arbeitsnachweise der Metall- und Holzindustriellen als Maßregelungs-Institut und Kontrollstation benutzt werden, ist uns bewiesen, daß auch uns nicht nur Stillstand in der Lohnzahlung winkt, sondern bei der ersten Gelegenheit Abzug von den errungenen Löhnen. Unsere Arbeitsnachweise aber waren bei allen Lohnbewegungen, die ohne Ausstand geführt wurden, unsere wichtigsten Einrichtungen und haben wir sie stets als Rückgrat unserer Organisation betrachtet und gern jedes dafür notwendige Opfer gebracht. Die Versammlung erklärt es als Ehrenpflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, bei Eröffnung des Prinzipalarbeitsnachweises diesen zu meiden und nur die von der Organisation errichteten Arbeitsnachweise zu benutzen und alle vakanten Stellen noch dort zu melden. — Hierauf referierte Kollege Bucher über: „Hat das Hilfspersonal ein Recht, den Anlageapparat zu bedienen?“ Er führte zunächst die maschinelle Entwicklung im Buchdruck vor Augen und kam sodann auf den Anlageapparat zu sprechen. Das Anlagepersonal würde sich im allgemeinen freuen, wenn es der eintönigen Arbeit des Anlegens entbunden würde, dann wäre auch der Apparat ein Segen für die betreffenden Arbeiter. Dies lasse aber die Proffigkeit unserer Unternehmer nicht zu, die möglichst viel Leberchäfte herauswirtschaften wollen, und so wird das Hilfspersonal zur Seite gedrängt, resp. verdrängt. Die notwendigen Bedienungsarbeiten übertrage man dem Maschinenmeister, oder es werden jugendliche und somit billige Arbeitskräfte herangezogen. An der Hand einer vor kurzer Zeit aufgenommenen Statistik weist Redner nach, daß tatsächlich schon Hilfspersonal durch den Apparat arbeitslos geworden ist. Deshalb habe das Hilfspersonal aber auch die Pflicht, seine bisherige Forderung, an die Anlage-Apparate erwachsenes Hilfspersonal, vor allem Anleger, zu stellen, hochzuhalten. Betreffs der Maschinenmeister führte Redner aus, daß diese die Einführung des Apparates begrüßen könnten, weil sie dadurch ihre Forderung, die Durchführung des „Einmaschinenystems“, der Verwirklichung entgegen bringen. Man begriffe diesen Standpunkt, weil durch übermäßige Lehrlingszüchterei der Arbeitsmarkt der Maschinenmeister überlastet ist und

ihnen hier Gelegenheit geboten wird, ihre Lage zu verbessern; dies dürfte allerdings nicht auf Kosten des Hilfspersonals geschehen. Wenn wir auch nicht erwarten, daß die Buchdrucker für unsere Forderungen eintreten, so müssen wir aber verlangen, daß ihrerseits keine Hilfsarbeiterarbeiten verrichtet werden. Haben wir bisher, dank unserer Organisation, mit Erfolg unsere Lage zu verbessern verstanden, so muß es uns auch jetzt gelingen, einer Schädigung der Hilfsarbeiterschaft durch den Apparat entgegenzutreten. Er empfiehlt folgende Resolution: Die heute am 17. März 1904 in den Arminhallen versammelte Hilfsarbeiterschaft Berlins erklärt an ihrer, bereits am 25. Oktober v. J. beschlossenen Forderung, daß an jeder mit Anlage-Apparat versehenen Schnellpresse ein organisierter Anleger beschäftigt werden muß, unbedingt festzuhalten. Die Versammelten können in der Gründung des Anlageapparates keinen technischen Fortschritt zur Steigerung der Leistungsfähigkeit in der Druckindustrie erblicken, sondern leben darin nur das Bestreben des Unternehmertums, die Löhne des Hilfspersonals zu verringern, den Arbeitsmarkt künstlich zu überlasten, somit die Organisation lahm zu legen und dadurch die Existenzmöglichkeit der Hilfsarbeiterschaft herabzudrücken. Diesem Bestreben mit aller Macht und allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten, wird die vornehmste Aufgabe unserer Organisation sein. Daß die organisierten Maschinenmeister an den in Betracht kommenden Maschinen alle Hilfsarbeiter-Arbeiten nach wie vor vorwegern werden, erwarten wir als selbstverständlich. In der darauf folgenden Diskussion erklärten sämtliche Redner sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und eruchten um einstimmige Annahme der Resolution. Leider konnte es sich einer der Redner nicht verkneifen, in unschöner Weise über die organisierten Maschinenmeister heranzugehen, welchen Ausführungen Kollege Teske und Maschinenmeister Engel energisch entgegentraten. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Unter Verschiedenem wurde seitens einer Kollegin und auch seitens eines Kollegen Beschränkungen vorgebracht, die aber den einzelnen Organisationsvorständen überwiesen wurden. Nachdem noch seitens des Vorsitzenden auf die heute gefassten wichtigen Beschlüsse hingewiesen wurde mit dem Eruchen, auch tatkräftig hinter diesen Beschlüssen zu stehen, schloß derselbe mit einem dreifachen Hoch auf den Verband und die Berliner Zahlstellen die impotente Versammlung.

Sch.
Berlin II. Bericht der vierten außerordentlichen Generalversammlung vom 20. März 1904. Kollege Meich teilt mit, daß sich die Kollegen H. Kasse, H. Ganzmann, P. Herrmann, Jandt, H. Kopenhagen, P. Kühne, G. Veider, D. Potulski, Prätel, Praxidilski, D. Schulze, Schmidt, August Schulze, M. Ulbrich und Vollmar krank, und die Kollegen Koppe, Potulski, Hanke, Vollmar, August Schulze, Praxidilski und Waicher gesund gemeldet haben. Ausgetreten wegen Berufswechsel ist der Kollege Ernst Leonhardt. Ferner haben wieder eine Anzahl Drucker-Versammlungen stattgefunden, teils wegen Lohnforderungen und Abstellung von Rikständen, teils zwecks Agitation. Unter anderem wieder in der National-Zeitung. Dort hatte sich ein Maschinenmeister, welcher Vertrauensmann seiner Kollegen ist, bei Herrn Weizner mißliebig gemacht, und sollte derselbe nun ohne Kündigung gehen. Dies und verschiedenes andere führte dazu, daß das gesamte Personal herabgezogene Stellung nahm und zur Folge hatte, daß Herr Weizner kein Personal mehr annehmen und entlassen kann und in eine andere Geschäfts-Abteilung gekommen ist. Ferner mußte der Vorstand bei Eichler vorstellig werden, da derselbe den bisher gezahlten Aufschlag für Ueberstunden nicht mehr bezahlen will, sondern einen niedrigeren. In Arndts Verlag arbeitet des Abends ein bei Wlosse beschäftigter Maschinenmeister Frederick als Anleger. Der Vorstand wird auch hier die erforderlichen Schritte unternehmen. Der Buchdrucker Ph. Schmidt gibt wieder einen Führer durch die Berliner Buchdruckereien heraus mit den Vororten Berlins. Bei vorheriger Bestellung beim Vorstand kostet derselbe nur 10 Pf. Alsdann verfiel der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung, welches nach einigen Nichtigkeiten seitens der Kollegen Bucher, Aufheld und Reinte angenommen wurde. Es wurden dann 23 Kollegen aufgenommen, während die Aufnahme des Kollegen Kessel dem Vorstand überwiesen wurde. Am 28. Februar wurden folgende Kollegen wegen Beitragsrückens ausgeschlossen (die in Klammern befindliche Zahl bedeutet die Buchnummer): (2796) Arthur Erpf, 8 Kette; (2679) Georg Holtkemper, 21 Kette; (2275) Gustav Kade, 13 Kette; (2531) Adolf Karbe, 19 Kette; (2776)

Emil Knispel, 11 Kette; (2897) Willy Leonhardt, 15 Kette; (2918) Max Schulz, 8 Kette; (2234) Eito Tillack, 13 Kette. Es folgt nunmehr die Verlesung der Bülletins. Verschiedene Redner bemängeln, daß die Büllets zu spät abgerechnet werden. Es wurde ein Antrag des Kollegen Bucher angenommen, daß sämtliche Büllets 14 Tage nach Stattfinden des Vergnügens abgerechnet sein müssen. Zum 4. Punkt: Aufstellung der Mandatanten, erucht Kollege Meich um Vorschläge, da sich doch die Vertrauensleute jedenfalls damit beschäftigen haben. Kollege Jäbide wünscht, daß die Zahl der aufzustellenden Mandatanten festgelegt wird. Dem widerspricht Kollege Fuchser. Kollege Wable wünscht, daß die Bedingungen über die Aufstellung seitens des Vorstandes bekannt gegeben werden und stellt den Antrag, die aufgestellten Mandatanten zur Vorstandssitzung zu laden, um über Lohn und Arbeitsbedingungen zu beraten. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Kollege Jäbide erklärt, daß es notwendig ist, eine bestimmte Zahl von Mandatanten aufzustellen, wie das bei dergleichen Wahlen üblich ist. Kollege Fuchser meint, die Diskussion wäre anders ausgefallen, wenn die Vertrauensleute sich mit den Kollegen verständigt hätten. Kollege Jäbide stellt den Antrag, eine bestimmte Zahl von Mandatanten festzusetzen; dertelbe wurde abgelehnt. Als Kandidaten wurden nun aufgestellt die Kollegen Robert Wable und Carl Falkenberg. Kollege Fuchser erucht, auf den Stimmzettel den Wahlmodus bekannt zu machen. Unter Verschiedenem tabelt Kollege Meich, daß in der Generalversammlung der Krankenfälle viele Kollegen gefehlt haben, es seien dort wichtige Beschlüsse gefaßt worden. Er wünscht, daß die Kollegen, die ein Amt annehmen, daselbe auch ausführen. Kollege Jäbide verurteilt das Verhalten der Meistanten von der Weihnachtsfeier und wünscht, daß dergleiche Kollegen bei eventueller Arbeitslosigkeit zur Weihnachtszeit keine Unterstützung erhalten. Die Kollegen Meich und Wable schloßen sich den Ausführungen Jäbides an. Hiermit war die Tagesordnung erledigt. Mit einem Hoch auf den Verband und die Zahlstelle II schloß der Vorsitzende die Versammlung. P. A.

In der am 10. März stattgefundenen Vertrauensmännerversammlung fehlten die Vertreter nachstehender Druckereien: Germania, Greve, Günther & Sohn, Langenscheidt, Liebich & Thielen, Vofsd-Anzeiger, Abt. Tag und Kalzerei, Kauf, Nordd. Illa. Zeitung, Paß & Garlic, Seibel & Co., Rheinhardt, Sobak & Co.

Der Vorstand der Zahlstelle II.
Breslau. Die am 21. März abgehaltene Mitglieder-Versammlung war nur mäßig besucht. Trotzdem wir bereits seit dem 1. Februar unsere Zahl-Abende und Versammlungen in dem neuen Lokale abhalten, haben es ca. die Hälfte der Mitglieder bis jetzt noch nicht für nötig befunden, sich einmal einzufinden. Nachdem das Protokoll verlesen und nach einigen Nichtigkeiten angenommen war, brachte der Vorsitzende die Angelegenheit des Kollegen Reinhold zur Sprache. Derselbe hatte durch wiederholtes Versäumen der Arbeit die darauffolgende Arbeitslosigkeit selbst verschuldet und war der Vorstand daher nicht in der Lage, dem Kollegen irgend welche Unterstützung zuteil werden zu lassen. Die Versammlung billigte die Darbietungsweise des Vorstandes. Bei dem Punkt Beitragszahlung verließen, wie schon wiederholt, verschiedene Kollegen das Lokal. Dieses "Drücken" wurde von seiten des Vorsitzenden und Kassierers scharf getadel. Hierauf ertrattete Kollege Müller den Kartellbericht. Von der Wiebegrabe deselben sehen wir mit Rücksicht auf den beschränkten Raum an dieser Stelle ab. Den Mitgliedern, welche sich für das Gewerkschaftskartell interessieren, empfehlen wir den Besuch der Versammlungen. Die nächste Versammlung findet am 25. April statt.

G. W.
Rundschau.
 In dem Bericht vom Monat Februar über das **Gewerl- und Genossenschaftsleben in Nr. 36 des Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer** vom 26. März 1904 werden wir ausnahmsweise anstatt wie sonst mit 2-3 Zeilen, mit mehr als 20 Zeilen bedacht. Aber nicht etwa, weil der Anlageapparat im Auge ist und die Buchdruckmaschinenmeister in allen Orten Deutschlands durch Verammlungsbeschüsse erklären, daß sie den Apparat für sich als Spezial-Maschine beanspruchen, trotzdem der Hilfsarbeiter und die Hilfsarbeiterin dadurch brokos wird! — Nein, dieses wichtige Ereignis wurde in Nr. 31 des "Correspondent" vom 15. März 1904 mit folgenden ganzen zwei Zeilen erwähnt: "Die Buchdruckereibeschäftigten haben auch ihre Rot wegen des 'Eisernens', der in diesem Falle 'Anlageapparat'

heißt." — Aber etwas anderes zog uns den Jörn des Correspondent-Redaktors zu, nämlich weil die Redaktion der "Solidarität" ohne Quellenangabe Rundschau aus dem "Correspondent" abgedruckt hat. Zwar gibt der "Correspondent" zu, daß auch andere Gewerkschaftsblätter Rundschau-Notizen dem "Correspondent" ohne Quellenangabe entnehmen, denn es handelt sich dabei um zusammengefaßte Notizen aus den Tageszeitungen, die der "Correspondent" in knappen Worten sehr reich zusammenfassen kann, weil genügend Personen zur Verarbeitung angeheilt sind, während in anderen, kleinen Gewerkschaften weniger, einzelne und wie bei uns kein Beamter angeheilt ist. Die Redaktion des "Correspondent" weiß das — und doch solche wenig angebrachte Anrempelung. Daß wir eine der "Gleichheit" entnommene Arbeit unter Rundschau brachten und die Quelle dieser Arbeit angaben, ist doch wohl nur als Vorwand genommen worden; denn die Redaktion des "Correspondent" muß doch zwischen einer Tagesnotiz und einem Artikel, der vom Fremdwahlrecht im Handlungsbereich zu den stammungsgerichten handelt, einen Unterschied finden. Bei der Tendenz unseres Blattes war der Artikel als selbständiger nicht gut möglich, deshalb hielten wir es für richtiger, ihn unter Rundschau zu bringen. Natürlich soll diese Erklärung keine Entschuldigung sein, sondern soll unseren Mitgliedern die Beweggründe bekannt geben, warum ein Teil Rundschau mit Quellenangabe versehen ist und der andere nicht. Es ist nur gut, daß im allgemeinen unter den Buchdruckern nicht so engberzig gehandelt und gedacht wird, eine für alle Teile gezielte Zusammenarbeit näher sonst verteuert schwer.

Briefkasten.
G. A. Berlin. Der Artikel ist zur Aufnahme nicht geeignet und steht das Manuskript zu Ihrer Verfügung.
Ch. Sch. Stiel. Das Eingekandte mußte zurückbleiben. Brief folgt.
G. S. Karlsruhe. Berichte aus Druckerei-Versammlungen können wir leider nicht aufnehmen; denn würden wir damit beginnen, bliebe kein Platz für anderes. Schreiben Sie es in den nächsten Verammlungsbericht mit ein.

Verammlungsanzeigen.
Zahlstelle III, Berlin. Sonntag, 17. April, nachmittags 4 Uhr, bei Feuerstein, am Jacobstraße 75 (Eingang zum Jäger-Feller (Lunel); Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Ergänzungswahl des Vorstandes, 4. Vereinsangelegenheiten, 5. Anschließend an die Gewerkschaftskommission, 6. Verschiedenes. Die Mitglieder werden dringend erucht, zahlreich zu erscheinen. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz und Vorträgen.
Der Vorstand.

Berlin, Zahlstelle II. Außerordentliche General-Versammlung am Sonntag, den 17. April 1904, nachmittags 2 Uhr präz., bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75 (großer Saal). Mitgliedsbuch legitimiert! Tagesordnung: 1. Mitteilungen, 2. Wahl des 1. Vorsitzenden, 3. Ausgabe der Stiftungsfestbilletts, 4. Verschiedenes.
 Da nur eine beschränkte Anzahl von Stiftungsfestbilletts (Herrenabend) ausgegeben wird, werden die Kollegen erucht, sich rechtzeitig mit solchen zu versehen.
 Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht jedes Kollegen zu erscheinen. Der Wahlakt wird pünktlich um 3 Uhr eröffnet und währt bis 4 1/2 Uhr. Die Wahl kann nur gegen Abstempelung des Mitgliedsbuches erfolgen. Aufnahme neuer Mitglieder findet in dieser Versammlung nicht statt.
Der Vorstand.

Zahlstelle Leipzig. Sonnabend, den 23. April, abends 6 Uhr: **Öffentliche Versammlung** in großer Saale des Pantheon, Dresdenerstr. 20. Tagesordnung: 1. Vortrag, Referent: Verbandsvorsitzende Frau Paula Thiede, 2. Vierteljahresbericht, 3. Bericht vom Arbeitsnachweis, 4. Sommerfest. Diskussion zu allen Punkten.
 Wir fordern schon heute unsere Mitglieder auf, sich für diese Versammlung zu reservieren und bei Ausstellung der erscheinenden Verammlungs-Einladungen rege Tätigkeit zu entfalten.
Der Vertrauensmann.

Voranzeige.
Berlin, Zahlstelle II. Zur Feier des vierzehnten Stiftungsfestes findet am 8. Mai cr. in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57 ein Herren-Abend unter persönlicher Leitung des ersten Karnevalisten Herrn Carlo Frings, sowie unter gütiger Mitwirkung des "Berliner Arbeiter-Trio" statt.
Der Vorstand.